

arbeit, und sind nur in einzelnen Fällen errungen worden; der Durchschnittssatz bleibt derselbe. Dieser Durchschnittssatz, angegeben auf Grund der Statistik, die die Buchdrucker in ihre fest organisirte Fachgewerkschaft aufgenommen haben, ist jedenfalls weit glaubhafter, als die des Herrn Häpe,

(Ohl rechts.)

die in diesem Falle eine Zurückweisung verdient. Gewiß! die Regierung hat nicht genügende Unterlagen, sie hat sich schlecht unterrichtet; denn sonst konnte eine solche Behauptung nicht hinausgeworfen werden, wie sie der Herr Commissar Häpe hinausgeworfen hat, der ja über die Bewegung der Buchdrucker noch verschiedene haltlose Bemerkungen gemacht hat. Beispielsweise hat mein Freund Liebknecht, — der dann Gelegenheit nehmen wird, die falschen Definitionen seiner Rede zurückzuweisen — in seiner Erwiderung auf den Herrn Regierungscommissar darauf hingewiesen, daß nicht die Socialdemokratie die Buchdrucker zum Streik getrieben habe, daß die Buchdrucker selbstständig vorgegangen sind, daß wir als Partei die Arbeiter überhaupt nicht zum Streike treiben. Nun, da hat der Abg. Liebknecht Recht gehabt, wenn er sagte, es wäre eine Dummheit unserer Partei, einer politischen Partei, die Arbeiter in den Streik treiben zu wollen. — Wir werden ja sehen, meine Herren, wie nun die Regierung sich in dieser Sache weiter verhält. Wir beantragen, die Kammer wolle unseren Antrag an die Finanzdeputation A überweisen, da wir in diesem Antrage ja eine gewisse Summe von Mitteln fordern, die jedenfalls bei dem Statut „Dresdner Journal“ berücksichtigt werden müßte. Ich erkläre hierzu noch, daß wir in unserem Antrage den Passus, der da fordert, die Regierung solle aus Staatsmitteln vorläufig die gestellten Forderungen der Buchdrucker bewilligen, nur aufgenommen haben, weil wir noch keine rechte Klarheit über das Verhältniß zwischen der Druckerei und der Regierung haben. Wir würden, wenn Klarheit über dieses Verhältniß bestünde, unseren Antrag jedenfalls anders gestellt haben. Indessen diese Unklarheit mußte uns veranlassen, nachdem die Regierung durch den Herrn Minister des Innern jene Erklärung hatte abgeben lassen, nach der es schien, als ob sie auch in technischer Hinsicht der directen Unternehmer sei, von der Regierung zu fordern, daß sie als directer Unternehmer diese Mittel bewillige.

Noch Eins will ich hinzufügen: Die Buchdruckerbewegung ist in der capitalistischen Presse so ungünstig als möglich geschildert worden. Aber gerade die Buch-

drucker-Gewerkschaft habe das, was sonst immer bei Streiks als erschwerendes Moment hervorgehoben wurde, vermieden: sie haben nämlich den Contract nicht gebrochen; die Buchdrucker sind höchst legal, höchst gesetzlich vorgegangen. (Lachen und Zurufe.)

Gewiß! Gewiß! Sie haben Rücksicht genommen auf Alles, was ihren Forderungen nur irgend schädlich werden könnte, man kann ihnen keinen Vorwurf machen, daß sie in irgend einer Weise die gesetzlichen Rechte, die sie haben, überschritten hätten. In keiner Hinsicht können Sie den Buchdruckern einen Vorwurf machen. Um so unbegründeter ist es aber, wenn Sie sich feindselig gegen diese Forderungen stellen. Ich hoffe, daß die Kammer das Verhältniß, welches nun zwischen den Principalen und den Buchdruckern entstanden ist, zu einem glücklichen Abschluß bringen hilft, indem sie die Regierung veranlaßt, unseren Antrag in Berücksichtigung zu ziehen. Denn es ist sicher, daß durch die Haltung der Regierung die Unternehmer, welche die Forderungen der Buchdrucker nicht bewilligt haben, einen größeren Rückhalt erhielten und sich nun darauf stützen, daß die Regierung sich ebenfalls feindselig gegenüber diesen Forderungen verhielt, und damit eine Anregung für sich herausfinden wollen, die Forderungen der Buchdrucker nicht zu bewilligen. Die Regierung hat also in dieser Hinsicht den gegen die Forderungen der Buchdrucker feindseligen Unternehmern eine Stellung gegeben, die durch den Anschein der parteiischen Unterstützung die Stellung der Regierung in gewisser Hinsicht erschüttern muß.

(Gelächter.)

Sie werden jedenfalls nicht wünschen, daß dies geschehe, und wir wünschen, daß die Regierung nicht einseitig zu Gunsten der Unternehmer vorgehe.

Staatsminister von Meßsch: Herr Präsident, darf ich bitten!

Präsident Ackermann: Ich stehe sofort zu Diensten, ich will nur erst den Antrag zur Unterstützung bringen. Der Herr Abg. Geier hat beantragt, daß diese Angelegenheit der Finanzdeputation A zur Berichterstattung überwiesen werde. Wird dieser Antrag unterstützt? — Ausreichend unterstützt.

Das Wort hat der Herr Staatsminister von Meßsch.

Staatsminister von Meßsch: Meine Herren! Der gegenwärtig zu Discussion stehende Antrag, welcher dahin geht, daß die beim „Dresdner Journal“ gegenwärtig verwendeten militärischen Hilfskräfte zurückgezogen werden